

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Öffentliche Vergabe mittelstandsfreundlich gestalten – Entbürokratisierung der öffentlichen Auftragsvergabe

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Den bürokratischen Aufwand für Unternehmen und den öffentlichen Vergabestellen so gering wie möglich zu halten, indem er:

1. die Voraussetzungen für die Eintragung in Bieterlisten vereinheitlicht,
2. die im kommenden Jahr beabsichtigten Investitionen und Beschaffungen aller öffentlichen Vergabestellen Berlins im Internet bekannt gibt und
3. Stellen, die ein Präqualifikationsverzeichnis führen, anzuerkennen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2008 zu berichten.

Begründung:

Durch die Vereinheitlichung der Bieterlisten wird den Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, durch eine einfache Erklärung auch in andere Bieterlisten aufgenommen zu werden. Die Bieterverzeichnisse entlasten den Bieter dadurch, dass er die notwendigen Unterlagen zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nicht jeder einzelnen Bewerbung beifügen muss, sondern dies nur einmal jährlich gegenüber der zuständigen Stelle, die das Bieterverzeichnis führt, zur Kenntnis gibt. Eine weitere Entbürokratisierung tritt ein, wenn sich die bieterführenden Stellen einig sind, dass die Eintragung in eines der Bieterverzeichnisse der Region ausreicht, um auch in andere Bieterverzeichnisse aufgenommen zu werden. Voraussetzung für ein solches Verfahren gegenseitiger Anerkennung ist die Vereinheitlichung der Eintragungsvoraussetzungen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Für kleine und mittelständische Unternehmen ist die Bekanntgabe von beabsichtigten Investitionen und Beschaffungen der öffentlichen Vergabestellen von Vorteil, weil sie sich vor dem offiziellen Beginn einer Ausschreibung mit der angekündigten Beschaffung befassen und bestimmte Vorbereitungen treffen können, da die Bearbeitungszeit der Ausschreibung häufig sehr knapp kalkuliert ist.

Durch die Anerkennung sog. Präqualifizierungsstellen, die eine vorgelagerte auftragsunabhängige Prüfung der Eignungsnachweise vornehmen und bestätigen, wird der Kritik vorgebeugt, dass die neu eingeführten Vorschriften den bürokratischen Aufwand steigen lassen.

Berlin, den 04. März 2008

Dr. Pflüger Melzer Dietmann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU